



Heute mit
STELLEN-ANZEIGER

Die unabhängige Schweizer Tageszeitung

Donnerstag
31. Juli 2014

122. Jahrgang Nr. 175
Fr. 3.50, Ausland: € 3.00 / AZ 8021 Zürich



«Campari Soda»
Der Vater der heimlichen Landeshymne singt wieder.
5

iPhone
Macht Apple alte Telefone Träger, um neue zu verkaufen?
31

Clint Eastwood
«Jersey Boys» ist ein Musikfilm, der oft aus dem Takt gerät.
21

Argentinien
Bericht und Analyse zum Ausgang der Schuldenkrise.
tagesanzeiger.ch

1. August Noch nie waren radikale Volksbegehren so erfolgreich. Die Schweiz verliert das politische Augenmass. Von Daniel Foppa

Der konservative Aufstand

1891 hat die Schweiz den 1. August zum Bundesfeiertag erklärt. Gleichzeitig wurde das politische Instrument der Volksinitiative eingeführt - eine Errungenschaft mit markant steigender Erfolgsquote. Seit ihrer Einführung haben Volk und Stände 22 Initiativen angenommen: 11 in den gut hundert Jahren bis 1993 - 11 weitere in den letzten zwanzig Jahren. In diesem Jahr wurden mit der Zuwanderungs- und der Pädophileninitiative gleich zwei Volksbegehren in einem Jahr angenommen. Das gab es noch nie.

Auch wenn die rege Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am Politgeschehen grundsätzlich erfreulich ist, hält sich die Begeisterung ob so viel direkter Demokratie in Grenzen. Denn spätestens seit dem Ja zur Zuwanderungsinitiative ist klar: Selbst radikale, wirtschaftsfeindliche Initiativen finden Mehrheiten. Jahrzehntlang verhielt sich der Souverän an der Urne besonnen, gewissenhaft, ja langweilig. Stabilität und Masshalten waren Leitgedanken. Ausbaupläne für die Sozialwerke fielen ebenso durch wie Überfremdungsinitiativen.

Keine Grenzen mehr

Nun aber hat der Wind gedreht. Ein konservativer Aufstand hat weite Teile des Landes erfasst. Der Gang zur Urne ist nicht mehr primär die Erfüllung einer Bürgerpflicht. Sondern die Möglichkeit, Regierung, Parlament und Justiz das Misstrauen auszusprechen. Man sagt Ja zur Bevormundung der Richter, zur Einschränkung der Religionsfreiheit und zum aussenpolitischen Vabanquespiel - auf dass Bundesbern schaue, wie es damit klarkommt. Derart angetrieben, kennen die siegreichen Initianten keine Grenzen. So plant die SVP eine Initiative zur faktischen Abschaffung des Asylrechts. Auf der Strecke bleiben die Grundwerte unseres Landes.

Bezeichnenderweise ist es nicht die Jugend, die sich derart rebellisch verhält. Gemäss aktueller Vox-Analyse sind es vor allem die 40- bis 64-Jährigen, die Volksinitiativen zustimmen. Sie scheinen besonders empfänglich für die herbeigeredete Entfremdung zwischen Volk und «Classe politique», die es angeblich nötig macht, die Sache mittels radikaler Initiativen selbst in die Hand zu nehmen.

1963 warf der Zürcher Germanist Karl Schmid Schriftstellern wie Max Frisch ein «Unbehagen im Kleinstaat»



vor, ein unschweizerisches Streben nach Grösse und Schicksalhaftigkeit. SVP-Exponenten berufen sich gerne auf Schmid - und verkennen, dass mittlerweile sie es sind, die ein «Unbehagen» am Politsystem bewirtschaften.

So unschweizerisch das Streben nach Grösse sein mag, so unschweizerisch ist das systematische Schlechreden der Institutionen und deren Gängelung durch rigorose Initiativen. Die Folgen einer masslosen Initiativdemokratie werden dabei immer

offensichtlicher: Das Parlament verliert sich zunehmend in der Behandlung rechtsstaatlich und völkerrechtlich problematischer Initiativen. Gleichzeitig schränken «Durchsetzungsinitiativen» den Handlungsspielraum der Räte ein.

Die mehrstündige Debatte zur radikal-ökologischen Ecopop-Initiative zeigte in der vergangenen Sommersession auf, wie nutzlos Parlamentarier bisweilen ihre Zeit verbringen. Zeit, die sie für Gesetzesvorlagen und die Kontrolle der stetig wachsenden Bundesverwaltung aufwenden sollten. Dafür sind die Volksvertreter gewählt worden.

Ungeachtet der Konsequenzen

Das Initiativrecht ist eine wertvolle Errungenschaft, die nicht überstrapaziert werden sollte. Reformen wie die leichte Erhöhung der Unterschriftenzahl oder eine unverbindliche Vorprüfung von Volksbegehren sind zwar sinnvoll, letztlich aber Symptombekämpfung. Entscheidend ist, dass das Vertrauen der Mehrheit in die staatlichen Institutionen wieder gefestigt wird. Das ist primär Aufgabe der Zivilgesellschaft. Je weniger einstimmen in das Klagelied über die «Classe politique», je weniger an der Urne ungeachtet der Konsequenzen Denzettel verpassen und je weniger sich dem vernünftigen Diskurs verschliessen, desto schwieriger wird es sein, das «Unbehagen» zu bewirtschaften.

Dieser Diskurs ist aber nur möglich, wenn er auf Seiten der Elite frei ist von Überheblichkeit und auf die vorhandenen Ängste in der Bevölkerung eingeht. Wenn etwa der Club Helvétique zum 1. August die Rückkehr zu den Gründungsidealen fordert und selbstgerecht für sich beansprucht, im Namen der «besseren» Schweiz zu sprechen, erreicht er nur Seinesgleichen und zementiert Vorurteile auf der Gegenseite.

Tatbeweis gefordert

Dem Auseinanderdividieren von Bürgern und Eliten müssen vor allem Letztere mit dem Tatbeweis entgegen treten, dass sie sehr wohl am Gemeinwohl interessiert sind - trotz des Schadens, den Exponenten der Wirtschaftselite in den letzten Jahren angerichtet haben.

Fakt ist, dass das Vertrauen in die Institutionen, politisches Augenmass und Stabilität den Wohlstand des Landes erst ermöglicht haben - ohne konservativen Aufstand und ohne radikale Mehrheitsentscheide. Der 1. August bietet die Gelegenheit, sich diese Grundwerte in Erinnerung zu rufen. Und ihrer Bedrohung entgegenzutreten.

Service

Wetter	8	Rätsel	29
Leserbriefe	9	Börse	33
Stellenanzeiger	18	Todesanzeigen	34
Fernsehprogramme	23		

Aboservice 044 404 64 64
www.tagesanzeiger.ch/abo

Inserate Tel. Annahme: 044 248 41 41
(Mo-Fr 8-12 und 13-17 Uhr), www.adbox.ch,
inserate@tages-anzeiger.ch

Redaktion 044 248 44 11, Werdstrasse 21,
8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich
redaktion@tages-anzeiger.ch

Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Online www.tagesanzeiger.ch/news/newsnet.ch

Russland droht mit Gegenmassnahmen

Russland warnt nach den Wirtschaftsanktionen der EU und der USA vor Konsequenzen. Die Strafmassnahmen würden zu höheren Energiepreisen in Europa führen, teilte das Ausserministerium in Moskau mit. Auch die in Russland tätigen Banken aus der EU müssten negative Folgen fürchten. Russland verfügte zudem einen Importstopp für Obst und Gemüse aus Polen. Der Bundesrat will sich vorläufig den Sanktionen nicht anschliessen, plant aber Schritte, um Umgehungsgeschäfte über die Schweiz zu verhindern. Derweil drohten auch die sieben führenden Industriestaaten (G-7) Russland mit weiteren Sanktionen. (TA/SDA) Kommentar Seite 2, Berichte Seite 2, 3

Rettungsangebot für Argentinien

In Argentinien Streit mit Gläubigern haben Banken in letzter Minute ein Hilfsangebot zur Abwehr der drohenden Staatspleite gemacht. Ein Konsortium aus Finanzhäusern hat sich gestern am späten Abend bereit erklärt, die Schulden des Landes bei den klagenden Hedgefonds zu übernehmen, wie ein mit dem Angebot vertrauter Bankvertreter gestern sagte. Gespräche darüber stünden aber noch aus. Zudem müssten die Kläger in New York einen Schuldenschnitt akzeptieren. Mit der Offerte soll eine Zahlungsunfähigkeit abgewendet werden, die mit Ablauf der Frist im Schlichtungsverfahren heute um 6 Uhr Schweizer Zeit droht. (Reuters) - Seite 31

Kommentare & Analysen

«Man wünscht Roger Federer einen jahrelangen Rechtshandel à la Giusep Fry.»

Jean-Martin Büttner über die Bausünde des Makellosen. - Seite 7

Tages-Anzeiger

Kein TA am Bundesfeiertag
Morgen, Freitag, 1. August, erscheint kein «Tages-Anzeiger». Die nächste Ausgabe ist am Samstag erhältlich - tagesanzeiger.ch informiert Sie durchgehend.

Beilage



Die Gegenparty am See ignoriert jede Trendwelle der Street-Parade.

